

# Pörsener Zeitung.

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.,  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

**Inserate**  
(1/4 Sgr. für die fünfgepalte-  
tene Zeile oder deren Raum:  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 22. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Die bisherigen außerordentlichen Professoren Dr. Hermann Albers und Dr. Otto Weber in Bonn zu ordentlichen Professoren in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität zu ernennen; ferner dem ordentlichen Professor der Rechte an der Universität zu Halle, Geheimen Justizrath Dr. Witte, die Erlaubniß zur Anlegung der ihm verliehenen Ordens, nämlich des Komturkreuzes zweiter Klasse des Königlich Sächsischen Albrechts-Ordens und des Kommandeurkreuzes zweiter Klasse des Herzoglich Anhaltischen Gesamtthaus-Ordens Albrechts des Bären zu erteilen.  
Der bisherige Königlich Dänische General-Konful B. Lork in Königsberg ist auf sein Gesuch entlassen und dafür der bisherige Vize-Konful S. E. Lork zum Königlich Dänischen Konful daselbst ernannt worden.  
Der Sanitäts-Rath Dr. Küther zu Hoerter ist zum Kreis-Physikus des Kreises Hoerter ernannt worden.  
An der Realschule zu Halberstadt ist die Anstellung des Schulanfs-Kandidaten Dr. Robert Richter als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.  
Abgereist: Se. Excellenz der Ober-Rüchenmeister, Wirkliche Geheime Rath und Kammerherr Graf von Königsmark, nach Plau.

## Telegramme der Pörsener Zeitung.

Wien, Freitag 21. Febr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Einführung von Geschworenengerichten für Preßsachen vor einer allgemeinen Einführung von Geschworenengerichten mit 90 gegen 68 Stimmen abgelehnt.

Eine aus Konstantinopel vom gestrigen Tage eingetroffene Depesche meldet aus Athen vom 18. d., daß in Athen und in den Provinzen Ruhe herrsche und der Aufstand nur auf die Stadt Nauplia beschränkt geblieben sei. General Gahn, der gegen die, wie es heißt, uneinigen Rebellen marschirte, soll sich bereits in Argo befunden haben. Kolokotronis hatte Mili an der westlichen Seite der Bucht besetzt. Die Stimmung in der Armee war befriedig.

Triest, Freitag 21. Febr. Heute sind die bayrischen Bringen von Korfu wieder hierher zurückgekehrt. — Mit der Ledantepost eingetroffene Nachrichten melden aus Athen vom 15., daß die durch einen aufgefangenen Brief verrathene Verschwörung vor der Zeit zum Ausbruch gekommen sei. Am Anfange empörte sich bloß die Besatzung der Stadt Nauplia und wurde von der Festung beschossen; letztere machte erst später, von dem falschen Gerüchte verleitet, daß der König abgedankt habe, gemeinsame Sache.

München, Freitag 21. Febr. Die „Münchener Zeitung“ enthält eine offizielle Depesche aus Athen vom 18. d., nach welcher das Land und die gegen die Rebellen geschickten Truppen vom besten Geiste besetzt seien. Letztere hätten die Rebellen außerhalb Nauplia geschlagen; die noch in Nauplia befindlichen zum Widerstande verführten Soldaten wären bereits größtentheils entmuthigt.

London, Freitag 21. Febr. Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Notenumlauf 20,129,510, der Metallvorrath 15,894,405 Pfd. St.

Kopenhagen, Freitag 21. Febr. „Berlingske Tidende“ erklärt, daß bis gestern keine österreichische und keine preussische Note übergeben worden sei. — Der Reichsrath hat die Vorlage über Verfassungsänderungen angenommen.  
(Eingeg. 22. Februar 9 Uhr Vormittags.)

## Zur Situation.

Niemand kann es aufrichtiger wünschen, als wir, daß dem neuen Erzbischof von Warschau die ihm gewordene große und erhabene Mission in vollstem Umfange gelingen möge, daß er glücklich das Ziel erreiche, das er sich vorgesteckt zu haben scheint: den öffentlichen Frieden in dem Königreich Polen wiederherzustellen, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen, das Vertrauen zwischen Regierung und Volk wiederherzustellen, den katholischen Klerus auf seine Pflichten zurückzuführen, Religion und Kirche in ihre heiligen Rechte wieder zuzuführen. Ist es doch von jeher als der idealste Beruf des Priesters erkannt worden, die öffentliche Gesinnung in den Massen zu pflegen, die Unruhe des Herzens zu stillen, und die Leidenschaften in harmonischen Einklang zu bringen. Einen häßlicheren Anblick hat es dagegen niemals gegeben, als einen Priester, der, unter dem vorgeblichen Impulse seiner Pflichten gegen das Vaterland, in Wirklichkeit aber nur von dem Kizel eines schlechten politischen Ehrgeizes getrieben, sich berufen fühlt, den Sinn für die bestehende öffentliche Ordnung und mit ihm allen moralischen Halt in den Massen zu untergraben, und Nichts zu predigen, als die Lehren des Hasses, der Feindschaft und des Kampfes.

Wenn wiederholt auf Seiten der polnischen Publizistik die Behauptung aufgestellt worden ist, man habe in Preußen ein Interesse daran, daß es zwischen der russischen Regierung und ihren polnischen Unterthanen nicht zum Frieden komme, so ist das eine der sinnlosesten Verleumdungen, die je gehört worden sind. Es wird dabei eine Verfolgungssucht gegen die Polen und ein mephistophelisches Vergnügen an polnischer Selbstvernichtung auf deutscher Seite vorausgesetzt, zu deren Annahme die preussischen Behörden und die Deutschen überhaupt in ihrem bisherigen Verhalten wahrhaftig keine Veranlassung gegeben haben. Ist doch die ganze nationale Bewegung, im Königreich drüben ebenso wie hier, rein vom

Zaune gebrochen worden, und sind es die Polen doch gewesen, welche den Angriff gegen das deutsche Wesen eröffnet haben. Das geschah ohne die geringste Provokation von der Gegenseite, ohne jeden Schein einer Ursache, zu einer Zeit, als ein liberales Ministerium in Preußen den besten Willen zeigte, den polnischen Unterthanen den Mitgenuß der freisinnigen Institutionen des Landes ungeschmälert anheimzugeben, und damit anfang, ihnen Konzessionen zu machen. Seitdem ist über Jahr und Tag vergangen. Ueber Jahr und Tag dauern bereits die Wirren des Sprachenstreits, die Agitationen des Klerus, die Provokationen der polnischen Presse und Broschürenliteratur, die nationalen Demonstrationen nach allen möglichen Richtungen hin, selten innerhalb der gesetzlichen Schranken bleibend, meist den Staatsverband und die Grundlagen der öffentlichen Ordnung aufs Unmittelbarste angegriffend und welche Mittel sind bisher diesem Treiben entgegengestellt worden? Die gewöhnlichen legalen Mittel der reinen Defensive! Es wäre ein Leichtes gewesen, dem Sprachenstreit im Wege der Gesetzgebung durch die Stabilirung neuer Regeln ein Ende zu machen, wie sie der gegenwärtigen Bedeutung der deutschen Elemente in der Provinz am entsprechendsten und der Germanisation am günstigsten gewesen wären. Man hätte ohne Gefahr zu Ausnahme-Regeln gegen eine zuchtlose Geistlichkeit greifen können, welche die Kanzel zur Tribune des Demagogens herabwürdigte. Man hätte die gegen das Gesetz verstoßenden Aufzüge, Kreuzerzählungen und Demonstrationen unterdrücken können, wie man sie in Warschau unterdrückt hat. Von alledem geschah Nichts. Man begnügte sich mit dem Schutz der gegen diesen Guerillakrieg unzureichenden gemeinen Strafgesetze, mit den veralteten, unpassenden, gesetzlichen Bestimmungen über die Sprachenfrage, und versuchte durch die Gerichtshöfe allein in dem schwerfälligen Gange des gewöhnlichen Gerichtsverfahrens die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wer am meisten in diesem ungleichen Kampfe ermüdet und erschöpft werden mußte, das waren sicherlich nicht die Polen, sondern ihre Gegner. Und das Bedürfnis eines endlichen Wiedereintretens normaler, ruhiger und geordneter Zustände in der Provinz ist nirgends lebhafter, als auf Seiten gerade der preussischen Behörden, von denen die Polen sich vorzüglich verfolgt wähnen.

In der That, könnte jene obige Verleumdung etwas dazu beitragen, die Polen im Königreich zum Frieden mit der russischen Regierung zu bestimmen, wie sie als Argument dafür gebraucht worden ist: wir würden sie uns gern gefallen lassen, denn wir sind überzeugt, daß, wenn erst dort die Polen das Gebiet der freien Negation und Opposition verlassen, wenn sie sich abzufinden suchen mit dem zunächst Erreichbaren, die nüchterne Erkenntniß ihrer Stellung, ihrer Rechte und Pflichten gegen die Regierung, ihrer Vergangenheit und ihrer Aussichten für die Zukunft sich unter ihnen auch in Preußen Bahn brechen wird. Man geht aber niemals so weit, als wenn man nicht weiß, wohin man eigentlich geht.

## Deutschland.

**Preußen.** AD Berlin, 21. Februar. [Die Anerkennung Italiens; großdeutsche Unterhandlungen und Mecklenburg; Befinden des Staatsministers v. Auerswald.] Die Frage wegen Anerkennung des Königreichs Italien von Seiten Preußens schwebt noch immer im Stadium der Ungewißheit, und man darf alle Mittheilungen, welche die Sache bereits als ein „vollendetes Ereigniß“ verkünden, in das Gebiet der Erfindungen verweisen. Nur soviel steht fest, daß die Ansicht des Grafen Bernstorff ganz entschieden der Anerkennung günstig ist und daß dieselbe jezt im Schooße des Staatsministeriums keinem Widerspruch begegnet. Dagegen scheinen in der höchsten Region, wo die maßgebende Entscheidung einzuholen ist, noch nicht alle Bedenken überwunden zu sein. Natürlich werden gegenwärtig von den Freunden wie von den Gegnern der italienischen Sache alle Mittel aufgeboten, um die Beschlußnahme der Regierung nach der einen oder der anderen Richtung zu lenken. Während Oestreich und seine Anhänger versichern, daß eine Kundgebung Preußens zu Gunsten Italiens die Annerkennungslust des Turiner Hofes ermuntern und den Krieg auf der Halbinsel von Neuem entzünden werde, hebt man von der anderen Seite hervor, Preußen müsse sich in ein innigeres Vertrauens-Verhältnis zu Italien setzen, um für die Zügelung der dortigen Agitation wirken zu können. Man glaubt in unterrichteten Kreisen, daß der Ansicht des Grafen Bernstorff der Sieg gesichert ist, wenn sich auch einstweilen noch nicht Tag und Stunde bestimmen lassen, wann der Akt der Anerkennung Italiens erfolgen wird.

Zwischen dem Wiener Kabinet und den Würzburger Verbündeten soll ein lebhafter Gedanken-Austausch stattfinden; doch hat man hier keine nähere Kenntniß von dem Inhalte und Zweck desselben. Bald ist von handelspolitischen Verhandlungen, bald von einem sogenannten Garantievertrag die Rede. Man kann sich allerdings kaum denken, welchen Vortheil Oestreich sich von einer Garantie verprechen kann, die von vornherein Preußen in eine feindliche Stellung bringt. Wahrscheinlicher ist, daß die Koalirten sich über den Entwurf einer Bundesreform zu verständigen suchen, um die Kritik des Grafen Bernstorff in Betreff der Unbestimmtheit ihrer Vorschläge zu entwerfen. Das Gerücht, daß Mecklenburg sich der großdeutschen Kundgebung angeschlossen habe, ist falsch. Mecklenburg hat nicht allein seine Mitwirkung versagt, sondern auch ausdrücklich eine negative Haltung zu den großdeutschen Reformvorschlägen angenommen. — Die Genesung des Staatsministers v. Auerswald schreitet regelmäßig vor. Die rheumatisch-gichtische Affektion ist fast ganz gewichen und die Kräfte haben sich soweit

gehoben, daß Herr v. Auerswald bereits wieder Besuche empfängt und bei günstigem Wetter ausfahren darf.

[Berlin, 21. Februar. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König nahm heute Vormittag die Vorträge des interimistischen Polizeipräsidenten v. Winter, des Chefs des Militärkabinetts v. Manteuffel, des Generalintendanten v. Hülsen, des Hausministers v. Schleinitz u. c. entgegen und erteilte alsdann einige Audienzen. Nachmittags konferirte der König mit dem Handelsminister v. d. Heydt. — Der Kronprinz begab sich heute Morgen 8 Uhr nach Potsdam. Vor der Abfahrt hatte er im Wartezimmer noch eine längere Unterredung mit dem Leibarzte Dr. Wegner, der sich bekanntlich in der Begleitung der Frau Kronprinzessin auf der Reise nach London befunden hatte und heute Morgen von dort hierher zurückgekehrt war. Wie ich höre, geht Herr Wegner in einigen Wochen wieder nach London, um auch auf der Rückreise in der Nähe der Frau Kronprinzessin zu sein. Der Kronprinz hat heute Vormittag in Potsdam eine Rekrutenbesichtigung abgehalten. Nachmittags dinirte er mit dem Offizierkorps des 1. Garderegiments im Kasino und kehrte um 8 Uhr Abends hierher zurück. — Der Minister des Innern, Graf Schwerin, wohnte heute im Herrenhause der Sitzung der Kommission für das Gemeindefwesen bei. — Bei dem Minister Grafen Bernstorff ist heute Abend 9 Uhr wieder ein Ballfest. Ob der Hof erscheinen wird, steht noch nicht fest; die Majestäten wollten die Soirée des Domchors in der Singakademie besuchen. — In letzter Zeit haben wiederholt Verhandlungen in Betreff des französischen Handelsvertrages stattgefunden und es wird jezt mit Bestimmtheit behauptet, daß der Abschluß nahe sei. — Der Kommunalparlament für die Kurmark hat heute nach einer fünfwochenlichen Session seine Schlußsitzung gehalten. In derselben wurde der bisherige General-Feuersozietätsdirektor, Graf Häfeler, auf neun sechs Jahre wiedergewählt, und an Stelle des verstorbenen dritten Landarmen-Direktors Stämmler ist der Bürgermeister Friedrich zu Wittstock getreten. Wie es heißt, wird der König die Direktoren empfangen, bevor sie auseinandergehen. Direktor der Hilfskasse ist der Oberkammerherr Graf Redern. — In dem vom Vorstände der St. Hedwigkirche gekauften Hause in der Niederwallstraße versammeln sich alle hiesigen katholischen Vereine und halten darin auch ihre Festlichkeiten ab, die von den Fürsten Radziwill und anderen hochgestellten Personen besucht werden. Da das Haus früher ein öffentliches Vergnügungslokal, in seinen Räumlichkeiten den Anforderungen nicht mehr ganz entspricht, so beabsichtigt man, einen Erweiterungsbau vorzunehmen. — Die neueste Schrift des Professors v. Holzendorff: „Der Brüderorden des Rauhen Hauses und sein Wirken in den Strafanstalten“, ist nach wenigen Wochen bereits in der zweiten Auflage erschienen.

[Die badische Depesche in der deutschen Frage.] Die Depesche der badischen Regierung vom 28. Jan. d. J. an ihren Gesandten in Berlin, Frhrn. v. Marschall, in der deutschen Frage, deren Inhalt wir bereits wiederholt erwähnt haben, ist jezt dem vollständigen Wortlaut nach erschienen. Das Aktenstück ist von großem Umfang. Wir beschränken uns auf das Wesentlichste. Die Depesche sagt unter Anderem:

Die großherzogliche Regierung glaubt nicht nur das thatsächliche Vorhandensein einer großen nationalen Bewegung als feststehend betrachten, sondern auch die vielfache sittliche wie geschichtliche Begründetheit und Berechtigung als eine bereits zugegebene Wahrheit voraussetzen zu können. Die bloße Fortdauer des herrschenden Mißbehagens und des Zweifels an der ausreichenden Kraft unserer Institutionen droht die besten Elemente des deutschen Volkscharakters zu verderben. Deutschland läuft dadurch Gefahr, mit den Entbehrungen der Gegenwart zugleich die Bedingungen einer bessern Zukunft zu verlieren. Sogar die Bundesverfassung, vermittelt der im Jahre 1815 ein Vergeßlich hergestellten werden sollte, zwischen den widerstrebenden Souveränitätsansprüchen des alten Gesamtreiches und den neuen Einzelstaaten, hatte von Anfang an nichts beansprucht, als eine provisorische Stellung und eine fortentwickelbare Bedeutung, und sie ist denn auch nach ihrer formellen Aufhebung im Jahre 1848, wie uns scheint, nur mit zweifelhaftem Rechte und jedenfalls im Bewußtsein, sowohl der Regierungen, als der Nation, nur als ein abermaliges Provisorium wiederhergestellt worden. Nichts erscheint demnach als naturgemäßer, — ja, nichts liegt von dem gesunden Leben und Gewissen der Nation ein ehrenvollerer Zeugniß ab, als die gegenwärtige der Fortdauer jenes Provisoriums überdrüssige deutsche Bewegung. Es handelt sich darum, ob der Kontinent die wichtigsten politischen Fragen, die ihn bewegen, immer vertragen soll, weil das große Volk in seiner Mitte, das den Schwerpunkt seiner Geschichte zu bilden berufen ist, sich nicht definitiv zu konstituiren vermag, und statt zum Orte seiner natürlichen Freiheiten, vielfach zum Gegner ihrer Entwicklung geworden ist.

Nachdem hierauf eine Kritik der Preussischen Vorschläge gegeben ist, fährt die Depesche fort: „Wir suchen vergeblich bisher nach einem Vorschlage, welcher für die Gemeinamkeit größerer politische Erfolge verspricht, als die Idee eines engeren Bundes im forterhaltenen größeren Verbände, wie sie im Wesentlichen Hr. Graf v. Bernstorff in seiner Beurteilung des Entwurfes des Frhrn. v. Bunt gleichfalls angenommen hat. Es ist unsere, durch die bestimmte Forderung unserer Bevölkerung gestiftet und in unseren heiligsten Pflichten wohlgegründete Ansicht, daß die herzustellende Bundeseinheit keine ausschließliche und unbedingte, sondern eine solche sei, innerhalb deren auf dem ganzen Gebiete der inneren Gesetzgebung und Verwaltung die Selbstständigkeit und Souveränität sämtlicher dormaligen Bundesstaaten ungefähr fortdauert. — Auch ohne Rücksicht auf die Rechtsfrage würden wir in der Aufhebung dieser in der partikularen Selbstständigkeit — (die übrigens freie Vereinbarungen nicht ausschließt) weit weniger ein Hinderniß, als ein Gemüth unserer nationalen Entwicklung und eine wesentliche Vererbung unseres geistig politischen Lebens erblicken. Das unverkürzte Gesetzgebungsrecht auf dem Gebiete innerer Verwaltung bildet aber nicht nur die Grundlage der konstitutionellen Verfassungen der deutschen Staaten, sondern die Bedingung des Fortbestandes der staatlichen Sonder-Existenz selbst. Dagegen werden nach unserer Auffassung um so ausschließlicher alle Staatsfunktionen, durch welche politische Macht im Bereiche mit fremden Staaten entwickelt und betätigt wird, also das ganze Vertheidigungswesen Deutschlands und der diplomatische Verkehr, einer einheitlichen, im Namen aller deutschen Staaten zu führenden, — nicht sowohl die Machtstellung des Einzelnen, als das gemeine Wohl Aller berücksichtigenden Leitung zu unterstellen sein. Und dabei wird der Grundsatz angewandt werden müssen, daß alle Staatsfunktionen, deren Zentralisirung von dem allgemeinen Interesse einmal gefordert wird, auch ganz und mit Ausschließung aller Konturen der Einzelstaaten in der Hand der Zentralregierung vereinigt werden müssen, welcher die Leitung anheimgegeben wird. Während es sich ebenso von selbst versteht und unbedenklich auch von dem Herrn Grafen v. Bernstorff zugegeben wer-

den wird, daß dieser Zentralregierung und einer etwa neben ihr zu bildenden Vertretung gegenüber auch ohne Ausnahme alle Kammer in Betreff der einmal als gemeinsame Angelegenheiten anerkannten und dieser Zentralregierung unterworfenen Zweige keine konkurrierende Kompetenz haben können.

[Der Kommunalalltag für die Kurmark und Niederlausitz] hat vorgestern einstimmig beschlossen, gegen eine Entscheidung des Grafen Schwerin wegen der Mitterakademie zu Brandenburg bei des Königs Majestät Verwahrung einzulegen.

[Amts suspendion.] Der Pastor Hofmeister zu Straupitz ist wegen verweigerter Einführung der kirchlichen Gemeindeordnung jetzt definitiv vom Amte suspendirt worden.

[Die evangelischen Anstalten in Syrien.] Von Kafferswerth ist im Januar wieder eine gedruckte Nachricht über die Entwicklung der Diakonissenstationen in Syrien ausgegangen, die im Ganzen sehr erfreulich ist.

[Städtisches.] In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde mit 18 gegen 10 Stimmen folgender Antrag angenommen: Die Stadtverordnetenversammlung wolle erklären, daß die Ausübung des Patronats über die hiesige städtische Realschule einschließlich des damit notwendig verbundenen Rechts der Wahl eines Direktors und sämtlicher Lehrer lediglich der Stadtverordnetenversammlung zustehe und demnach bei den höheren Behörden beantragen, daß ihr allein die Ausübung dieses Patronats überwiesen und die Wahl eines neuen Realschuldirektors bis zur definitiven Regulirung dieser Angelegenheit ausgesetzt werde.

Wien, 19. Februar [Oesterreich und die Würzburger.] Die Ansicht derjenigen, welche glauben, daß die neue Wendung in der deutschen Frage schließlich keinen andern Erfolg haben wird, als daß Alles wieder beim Alten bleibt, scheint keineswegs richtig zu sein.

rantiren; damit tritt aber die deutsche Frage allerdings in ein neues Stadium. (R. 3.)

[Tagesnachrichten.] Der Redakteur des „Tempo“ in Triest wurde am 18. Februar verhaftet und das Blatt vorläufig suspendirt. — Der Kaiser hat gestattet, daß die Distrikte der Szabziger und Kumaner, sowie der Hajduken ihre Kreisversammlungen öffentlich abhalten.

Hannover, 20. Februar. [Auszeichnungen.] Unter den „Amtlichen Nachrichten“ befindet sich die Verleihung des Guelphenordens an den Professor Zacharia, welcher bekanntlich in der braunschweigischen Erbfolgsache eine Widerlegung der Bohlmann'schen Schrift kürzlich veröffentlicht hat; auch die Verleihung der hannoverschen goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft an den Dr. Duno Kloppe, den Lebensbeschreiber Friedrichs des Großen und Lilly's.

Heffen. Kassel, 20. Febr. [Die Diätenverweigerung.] Hinsichtlich der verweigerten Auszahlung der Diäten und Reisekosten an die Abgeordneten zur 1. g. Zweiten Kammer wird nunmehr ungesäumt der Rechtsweg gegen den Staat betreten werden. Die Forderungen werden einem Einzigen cedirt, welcher die Klage erheben wird; und dieser ist in den Stand gesetzt, die liquidierten Beträge den betreffenden Abgeordneten sofort auszulassen.

Hanau, 19. Febr. [Die Steuerexekution.] Nachdem man am Sonnabend die Steuerexekutionen ausgesetzt (wahrscheinlich befürchtete man wegen der zahlreich anwesenden Landbevölkerung beim Marktverkehr einen noch größeren Anlauf als Tags zuvor) sind dieselben vorgestern ohne Begleitung der bewaffneten Macht wieder aufgenommen worden, gestern aber zogen die drei Exekutoren wieder mit Waffen und „Dietrichen“ einher.

Mecklenburg. Schwerin, 19. Febr. [Zur Geschichte des Junstwefens.] Vor dem preussischen Abgeordnetenhaus ist kürzlich ein Bürger der mecklenburgisch-schwerinschen Stadt Neubuckow als Petent erschienen, dessen 25jährige Leidensgeschichte wohl in wenigen anderen Ländern möglich wäre.

Sächf. Herzogth. Gotha, 20. Febr. [Vom Landtage.] In der gestrigen Sitzung des gemeinschaftlichen Landtags wurde zunächst der Antrag auf schleunige Vorlage eines Gesetzes zur Regelung der Regierung während der Dauer der Reise des Herzogs nach Zentralasien eingebracht.

Großbritannien und Irland. London, 19. Febr. [Zur Ausstellung.] Den königlichen Ausstellungskommissaren ist die Anzeige zugegangen, daß sich in England ein Seitenausflug gebildet habe, um italienische Kunstgegenstände für die Ausstellung zu sammeln.

englische und italienische Kunstliebhaber angeschlossen haben: Digby Wyatt, Oldfield, Colnaghi, Baron Marochetti, Prinz Bietera und Andere. Den Reizen bei der Einfindung für die Ausstellung hat der unbedeutendste aller Staaten, die Republik Liberia, eröffnet, deren Beiträge (aus vegetabilischen Oelen, Farbholzern und anderen Naturprodukten bestehend) schon am Sonnabend abgeliefert worden sind.

[Tagesnotizen.] Die Stottenvoranschläge für 1862—63 liegen dem Parlamente vor. Der Gesamtbeitrag macht 11,794,305 Pfd. St. oder 846,283 Pfd. St. weniger als die Voranschläge des vergangenen Verwaltungsjahres, die, nebst dem gestern bewilligten Nachtrag, sich auf 12,640,588 Pfd. St. belaufen haben.

[Die Presse über die deutsche Frage.] Mehrere der hiesigen Blätter besprechen die preussische Antwort auf die gleichlautenden Noten Drestreichs und der Mittelstaaten. Diese Noten, meint der „Globe“, hätten viel mehr Ähnlichkeit mit einer Anklage, als mit einer freundschaftlichen Vorstellung gehabt, und Preußens Erwiderung sei scharf, indem sie nachweise, wie radikal feindselig die Vorschläge der Begner in Allem seien, was eine Reform des deutschen Bundes bezwecke.

London, 21. Februar. [Telegr.] Weitere Berichte aus Newyork vom 8. d. melden, daß die Naval-Expedition unter General Burnside Pimlico Sound verlassen habe um nach der Insel Roanoto zu gehen.

Frankreich. Paris, 19. Febr. [Zur deutschen Frage.] Die hiesigen Blätter beschäftigen sich mit der Bernstorff'schen Note. Die „Debat“ machen auf den bitteren Ton der Polemik aufmerksam. Der „Tempo“ legt das Hauptgewicht auf die kurze und trockene Abweisung aller österreichischen Ansprüche bezüglich der Garantie seiner außerdeutschen Besitzungen.

ten, Eifersüchteleien, unperzönlicher Haß und Ehrgeiz. Man könnte sagen, die konstitutiven Elemente des Bundes seien der Art eingerichtet, um sich gegenseitig zu bekämpfen und zu lähmen. Unordnung im Innern, Ohnmacht nach Außen, das ist das Ergebnis dieses zum Schutz der letzten Interessen der feudalen Zerstückelung in Europa organisierten Systems. Verzweifeln wir jedoch nicht an unsern Nachbarn, wir haben nur die kleinen Stürme der Oberfläche gezeigt; wenn man aber auf den Grund geht, so befindet man sich Angesichts des wahren Deutschlands, das wissen wird, aus dem von der Politik des göttlichen Rechts erzeugten Chaos die Einheit hervorgehen zu lassen. Das ist der Zweck, welchen der Nationalverein verfolgt, ein liberaler Verein, der wohl diesseits der Prinzipien einer radikalen Revolution bleibt, aber nichtsdestoweniger dem Lande unermeßliche Dienste leistet.

[Tagesnotizen.] General Chamberlaci, der in Rom unter General Goyon ein Kommando hat, soll in einer militärischen Mission nach Süd-Italien und selbst, wie es heißt, bis nach Sicilien gehen. — Nach den neuesten Nachrichten hat Herr v. Bourbonbon, französischer Gesandter in China, freiwillig seinen Posten verlassen und geht von Peking über Sibirien nach Frankreich zurück. Als seinen Nachfolger bezeichnet man entweder Herrn v. Montigny, der früher schon Generalconsul in Schanghai war, oder einen Divisionsgeneral. — Desire hat in England verschiedene Kriegsschiffe bestellt. — Herr Baudouin, der Präsident der Gesellschaft St. Vincent de Paul, verläßt Paris, um sich längere Zeit in Belgien aufzuhalten. Seine Abreise soll eine gezwungene sein. — In Marokko soll ein Aufstand ausgebrochen, der den Aufständischen von dem Sultan entgegengehende General getödtet und sein Heer geschlagen worden sein. Die Aufständischen geben vor, daß durch die Auszahlung der Kriegsschadigung an die ungläubigen Spanier die Vorschriften des Korans verletzt worden seien.

[Zur Rentenkonvertirung.] Die Regierung scheint sich von dem Heußfren ihres Planes in der Provinz keinen allzu sicheren Erfolg zu versprechen. Das letzte Zirkular des Grafen Persigny gab dies schon andeutungsweise zu verstehen. Ein von der "Gazette de France" so eben veröffentlichtes Aktenstück spricht für dieselbe Auffassung. Dasselbe lautet: "Parquet des kaiserlichen Procurators in Grenoble (Stere). Die Regierung hat erfahren, daß in einer großen Anzahl von Notaren und andere ministerielle Beamten bei ihren Klienten thätige Schritte thun, um sie zu bestimmen, ihre 4 1/2 Proz. Renten zu verkaufen. Sie scheinen sich zu diesem Verfahren, sei es durch die Absicht, Vollmachten auszustellen, oder durch die Hoffnung, die Vermittler neuer Placements zu werden, bewegen zu fühlen. Diese Demarchen können die vom gesetzgebenden Körper angenommenen Maßregeln nur in Mißcredit bringen, und haben außerdem zum Resultat, die wenig aufklärten kleinen Rentiers von der Konversion zu entfernen und sie folglich der Vortheile zu berauben, welche ihnen diese Operation bieten kann. Ich gebe mich gern dem Gedanken hin, daß dieser Mißbrauch nicht allgemein ist, doch muß ich denjenigen Herren Notaren und ministeriellen Beamten, welche sich mit derartigen Geschäften befassen konnten, bemerken, daß dieselben den Pflichten ihres Standes zuwider sind, und daß ich eine sehr thätige Ueberwachung ausüben werde, um die Manöver, als deren Anstifter ich sie erkennen werde, zu vereiteln und im Nothfall durch Disziplinar-Maßregeln zu unterdrücken. Grenoble, 13. Februar, Der kaiserl. Procurator. P. Hailecourt."

[Noth in den Fabrikdistrikten.] Die Nachrichten aus Lyon und St. Etienne lauten fortwährend sehr traurig. In mehreren Städten eilen von Lyon sind die Kaffeehäuser geschlossen, da die Heraustretenden von der Menge blaffer und hungernder Leute nicht immer aus dem Muthigste angebetelt wurden. 30,000 Arbeiter sind nur 3 Stunden des Tags beschäftigt, an 20,000 sind ganz arbeitslos. In Lille und Rouen soll es zu Ruhestörungen gekommen sein. Dem "Propagateur de Lille" zufolge wurden auf dem Meubureau (Bureau de mesure) 225 Stücke Stoffe von Tourcoing weniger präsent, als im Januar vorigen Jahres; in Roubaix beträgt die Differenz zwischen beiden Epochen 9005 Stücke. Das hindert freilich nicht, daß der Senatadresse zufolge die Prosperität Frankreichs nie größer war als jetzt, und daß das Volk laut Dankbarkeit zollt dem Chef einer Dynastie, welche aus der Wahl des Volkes hervorging. (VH3.)

Paris, 21. Februar. [Telegr.] Im heutigen "Moniteur" wird das Dekret vom 3. Mai 1859, welches Anwerbungen von Freiwilligen auf 2 Jahre ohne Prämie gestattet, erneuert.

### Niederlande.

Haag, 18. Februar. [Aus Ostindien.] Der Telegraph brachte heute Berichte aus Ostindien bis zum 14. Januar. Auf Java herrschte vollkommene Ruhe; auf Banjermassing hat sich der Zustand aber nicht gebessert. Ein Oberst und vierzehn Mann wurden getödtet, auch ist wieder ein Beamter ermordet worden. Bereits vor einigen Tagen ging die Nachricht ein, daß es dem Oberhaupte der Aufständischen, Antassari, durch die Feigheit einiger Offiziere gelungen war, aus seinem Gefängnisse zu entkommen, worüber man näheren Mittheilungen mit Spannung entgegensteht. (K. 3.)

### Italien.

Turin, 18. Febr. [Tagesnotizen.] Einige Journale hatten die Nachricht verbreitet, die in Urlaub befindlichen oder detachirten Offiziere hätten Befehl erhalten, sofort zu ihren respectiven Korps zurückzukehren. Es erweist sich jetzt, daß dies Gerücht, dessen Zweck leicht zu errathen ist, aller Begründung ermangelt. — Garibaldi hat der Subskription zum Besten der Lyoner Arbeiter seine volle Zustimmung gegeben und sie aus Würmste empfohlen. — Eine in diesen Tagen hier erschienene Schrift unter dem Titel "Il Piemontesismo" schlägt vor, die Hauptstadt des Königreichs Italien nach Spoleto zu verlegen. — Zur Bewaffnung der Marine wurden in der Fabrik Roberts in Birmingham 10,000 Karabiner bestellt, die mit einem Sabelbayonetten versehen sind und 1200 Meter weit tragen. — Die gepanzerte schwimmende Batterie "Terribile" ist wieder nach la Seyne bei Toulon zurückgeschickt worden, um dort verschiedenen Aenderungen unterzogen zu werden. — Der König hat den herzoglichen Palast in Modena dem Kriegsministerium zur Errichtung einer großen Militärschule überwiesen. Eine in der nächsten Umgebung von Modena befindliche Villa soll zur königlichen Residenz eingerichtet werden, für den Fall, daß Victor Emanuel sich nach Modena begibt. — Das permanente Militärkomitee für die Verteidigung des Staates hat vorgestern

unter dem Präsidium des Prinzen Humbert seine erste Sitzung gehalten. — Aus Melfi wird dem "Pop. d'Italia" gemeldet, daß die Briganti in jener Gegend neuerdings ihr Anwesen zu treiben angefangen.

[Nigra.] Der "A. Z." wird geschrieben, daß der König die Dimission des Komthurs Nigra, Gesandten am französischen Hof angenommen hat. Derselbe hatte sich schon seit längerer Zeit eingereicht und konnte sich nicht entschließen, sie zurückzunehmen, wie man wünschte. Komthur Nigra zieht sich aus rein persönlichen sehr delikaten Motiven zurück. Was noch unangenehm bei diesen Verhältnissen sei, bemerkt der Korrespondent, auch Kaiser Napoleon wünschte sein Verbleiben, und würde es nicht gern sehen, wenn man sage, Marschese Villamartina ihn ersetzen sollte.

Neapel, 11. Febr. [Aus Torre del Greco.] Der Advokat Antona Traversi hat an den Magistrat von Torre del Greco, der die den heimgesuchten Einwohnern von Franz II. überhandte Unterdrückungsumme ausgeschlagen hat, folgendes Schreiben gerichtet: "Die Nachricht von dem großmüthigen Opfer, womit die Bürgerschaft von Torre del Greco die Gabe des Königs Franz II. zurückwies, hat mich in meiner ländlichen Einsamkeit, wohin das Geräusch der Welt nur selten dringt, tief gerührt. Mögen Sie mir erlauben, Ihnen die gleiche Summe zu übersenden, welche mit solcher Großherzigkeit, die ganz der Geburtsstätte Vico's, Colletta's und Pepe's würdig ist, zurückgewiesen wurde; sie möge für jene Verunglückten ein Beweis meiner gerechten Bewunderung und aufrichtigen Liebe sein. Diese kleine Unterstützung ist wenigstens nicht die Ironie des Tyrannen, sie ist das Scherlein des Bruders, das rein ist von Thränen und Blut. Sonnazzaro (Comellina), den 9. Februar 1862. Adv. Gio. Antona Traversi."

Rom, 10. Februar. [Fürstin Wolkonski f.] Die Fürstin Zenaide Wolkonski, geborne Fürstin Beloselski, Mutter des russischen Gesandten bei König Franz, ist gestorben. Sie war zur katholischen Religion übergetreten und hatte sich, um den Verfolgungen des Kaisers Nikolaus zu entgehen, der sie zur Verbannung nach Sibirien verurtheilt hatte, nach Rom geflüchtet, wo sie sich ganz den Werken der christlichen Barmherzigkeit widmete.

[Ueber das Attentat gegen Franz II.] Schreibt der römische Korrespondent der "R. Z." Folgendes: "Der König von Neapel war am Mittwoch nach Palazzo Farnese gefahren, um Maurer, Tischler und andere Handwerker, die dort bauen und schaffen, zur Förderung der Arbeit aufzumuntern. Kaum war er aufgestiegen, so drängten sich ihm drei Bummler nach, die vor dem Portal des Palastes zu lagern pflegten, konnten ihn aber nicht mehr erreichen, da der Thürhüter den Durchgang absperrte. Die Leute hatten in ihrem Wesen etwas Verdächtigtes, das eine gewisse Angestlichkeit noch auffällender machte, und da sie sich bald entfernten, bald zurückkehrten, so wurden verkleidete Schirren gerufen, die sie festnahmen. Bei dem einen fand man ein scharfes Stilet. Die drei Individuen sollen neapolitanische Bettler sein, die vor zwei Wochen herkommen. Sie behaupten, sie hätten nur ein Almosen vom König begehrt."

[Legitimistische Proklamationen.] Der Malteser "Guerrero Cattolico" bringt zwei Adressen, die eine an den General Goyon, die zweite an die Legitimisten, in denen zum Kampfe gegen Italien aufgerufen wird. "Bereitet euch zum letzten Kampfe!" heißt es in dem Aufrufe an die Legitimisten, und in dem Aufrufe an den französischen Oberbefehlshaber, General Goyon in Rom, der bekanntlich von Gasta aus den Januariusorden erhielt, heißt es wörtlich: "Sie sind es, der die Glaubensarmee anführen muß."

### Spanien.

Madrid, 15. Febr. [Aus Mexiko: der "Sumter".] In Cadix ist die Post aus der Havannah mit Nachrichten aus Vera-Cruz bis zum 15. Januar eingetroffen. Die drei verbündeten Streitkräfte haben, vom General Prim befehligt, Legitima und Medellin ohne Widerstand besetzt. — Es heißt, der "Sumter" habe ein Schiff, das die amerikanische Flagge führt, aber eine Ladung Kohlen für Spanien an Bord hatte, in den Grund gehohlet. Der Kommandant des Instruktionsgeschwaders hat in Folge hiervon einen Agenten nach Gibraltar geschickt, um eine Erklärung darüber von dem Kapitän des "Sumter" zu verlangen.

Madrid, 18. Febr. [Kleine Notizen.] Herr Mon ist heute Morgens angekommen. — Im Kongreß hat der Minister des Innern den Gesagentwurf über die Presse wieder eingebracht. — Die Regierung wurde ermächtigt, den Vertrag mit Marokko zu ratifiziren.

### Portugal.

Lissabon, 20. Febr. [Telegr.] Das Ministerium hat seine Dimission gegeben und ist Marquis de Louls mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt worden. Einem Gerüchte zufolge würde eine Vermehrung der Pairs und eine Modifikation der Charta statthaben.

### Rußland und Polen.

Petersburg, 15. Febr. [Statistik der Armee; Universitätsprojekt etc.] Der "Russische Invalide" enthält eine Reihe von Artikeln über die Statistik der Armee, welcher manche interessante Angabe zu entnehmen ist. Die Statistik reicht nur bis zum Jahre 1859, in welchem die reguläre Armee nach den Listen 357 Generale, 30,051 Offiziere und 850,225 Gemeine, dagegen wirklich präsent nur 334 Generale, 19,025 Offiziere und 698,354 Gemeine zählte. Die Armee war damals schon bedeutend reduziert und jetzt ist sie es noch mehr, denn im Jahre 1856 hatte sie 440 Generale, 24,603 Offiziere und 974,556 Gemeine gezählt, wozu noch 6033 Offiziere und 369,098 Gemeine von der Volksbewaffnung kamen. Dabei ist die irreguläre Armee nicht mit einzurechnen, die 1859 23 Generale, 2794 Offiziere und 338,381 Gemeine zählte. Ueberhaupt betrug die Gesamtzahl der Armee 1856: 2,536,183 und 1859: 1,244,569 Mann! Diese enormen Zahlen erklären allerdings sehr leicht die tiefe Erschöpfung Rußlands durch den letzten Krieg und die langsame Erholung (wenn man auch nicht vergessen darf, daß die Erhaltung der irregulären Armee sehr wenig kostet), aber am frappantesten und lehrreichsten sind die über die Volksbewaffnung mitgetheilten Zahlen. Von der obengenannten Zahl von mehr als 375,000 Mann sind nämlich nur 29 auf dem Schlachtfelde oder in Folge ihrer Wunden gestorben, an Krankheiten dagegen 24,000 und in den Hospitälern blieben bei Auflösung der Volkswehr nach Beendigung

des Krieges noch 36,000 Mann. Diese Zahlen beweisen unwiderleglich, daß das ganze Aufgebot, wenn es überhaupt Nutzen gehabt, wenigstens keinen solchen hatte, der im entferntesten Vergleich mit den ungeheuren Opfern an Arbeitskräften und Menschenleben stände, die, um von dem Gelde gar nicht zu reden, dem Lande auferlegt wurden. Hätte der Krieg fortgedauert, so wären ohne Zweifel die tüchtigen Elemente der Miliz dazu verwendet worden, die Lücken in der Armee auszufüllen. — Auf Anregung des Großfürsten Konstantin beschäftigt sich die Regierung mit dem Gedanken, in Nicolajeff eine Universität für die neuen russischen Provinzen zu errichten. Die Lage der Stadt ist allerdings günstig, aber hauptsächlich spricht für das Projekt der Umstand, daß der militärische Charakter Nicolajeffs eine Garantie gegen die "Gefahren der großen Stadt" bietet, die man in Petersburg, Moskau und Kiew kennen gelernt hat. Man schwärmt bei dieser Gelegenheit für die ruhige Einsamkeit von Bonn, Heidelberg und Jena, eine Schwärmerei, die sich im Munde russischer Beamten komisch genug ausnimmt. — Eine recht liberale Maßregel ist die von dem Kaiser, daß den Gelehrten, welche im Auftrage der geographischen Gesellschaft Reisen gemacht haben, die Zeit dieser Reisen als im Staatsdienst zugebracht angerechnet werden soll. (Schl. 3.)

Reval, 17. Febr. [Schiffsbrand.] Nach 65 Stunden ist der Brand des Dampfers "Alexander II." gelöscht. Kajüte und Garnier sind ausgebrannt; der Kapitän reparirt den Schaden nothdürftig und wird dann die Reise fortsetzen.

[Schulwesen in Polen.] Wie sehr vor allen Dingen dem Kaiser die bessere Ausbildung der Jugend am Herzen liegt, beweisen auch seine neuesten Anordnungen bezüglich der höheren Schulen in Polen, deren definitive Organisation noch bevorsteht. Vom 1. Februar d. S. an sind philologische Gymnasien eröffnet worden: in Warschau, Piotrkow, Radom, Lubin, Plock, Suwalki; höhere Realschulen in Warschau, Kalisch, Kielce; gelehrte Schulen in fünf Klassen: in Warschau (2), Siedlce, Pultusk, Lomze, Lencziza, Pinczow; desgleichen zu 4 Klassen: zu Warschau, Lomitsch, Kawa, Belium, Seradz, Sandomir, Grubezow, Bittloj, Mlawa, Mariampol; Realschulen zu vier Klassen: zu Warschau (3), zu Petrikau, Bioclawek, Lodz, Radom und Plock. In den Gymnasien sollen, nach dem Willen des Kaisers, die klassischen Sprachen und die alte Geschichte die Grundlage der Bildung der Jugend sein, die Realschulen sollen als Vorbereitung zu dem für das Königreich Polen beabsichtigten "Polytechnischen Institut" dienen.

### Türkei.

[Der Erzbischof von Samakow] in Bulgarien, ein Bruder des türkischen Gesandten in Berlin, Aristarchi Bey, ist im 56. Lebensjahre gestorben.

[Christenverfolgung.] Laut Berichten aus Konstantinopel vom 12. d., die über Marseille in Paris eintrafen, sind die in Tophane wohnenden christlichen Familien vertrieben worden.

### Asien.

Bombay, 27. Januar. [Adresse; Militärisches; Verurtheilung.] In Bombay wurde eine Beleidigungsadresse an die Königin Victoria erlassen. — Weitere acht Regimenter der Madrasarmee wurden aufgelöst. — Eine Nachkomme Tippoo-Saibs wurde wegen Fälschung zu 7jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt.

### Amerika.

Newyork, 4. Febr. [Durchmarsch der Engländer durch Maine; Gefangene; General Scott.] Als Erwiderung auf Anfragen der Legislatur des Staates Maine, erklärte Seward, er habe den nach Kanada beorderten britischen Truppen den Durchzug durch Maine gestattet, um ihnen die Winterstrapazen zu erleichtern. Keine, den Engländern feindliche Macht, bemerkte er weiter, werde über diese Höflichkeit eine Beschwerde erheben können. Gefährlich wäre sie nur dann gewesen, wenn England eine offene Feindseligkeit gegen die Bundesregierung beabsichtigt hätte. Ich will mich nicht stellen, als wär's mir unbekannt, daß sich in Kanada sowohl wie in England neuester Zeit eine gewisse feindselige Stimmung gegen uns gezeigt hat; die englische Regierung aber hat der unserigen gegenüber keine andere Sprache als die übliche der Freundschaft und Achtung geführt. Die Bundesregierung ihrerseits ist vollkommen offenerzig gewesen, und setzt in die Versicherungen der britischen Regierung das vollste Vertrauen. Es lag in unserer Politik, unsere Territorien zu besitzigen gegen eventuelle innere und äußere Feinde; doch waren wir beflissen, uns noch mehr dadurch zu kräftigen, daß wir uns in allen Dingen konsequent, strupulos, gerecht und, wo es möglich war, auch edelmüthig anderen Nationen gegenüber zeigten. — Zum Schluß bemerkte er, für den Fall, daß jene Instruktionen dem Staate Maine Veranlassung zu Beschwerden geben sollte, sei die Regierung bereit, sie zu modifiziren. — Auf Befehl des Präsidenten wurden alle auf südlichen Kapernschiffen gefangenen Mannschaften nach Fort Lafayette geschickt, wo sie von nun an als Kriegsgefangene behandelt werden sollen. — Der "Newyork Times" zufolge geht General Scott in einer Mission der Bundesregierung nach Mexiko, wogegen andere wissen wollen, er begeben sich aus Gesundheitsrücksichten nach Key West.

Newyork, 6. Februar. [Neueste Nachrichten.] Der Staatssekretär des Schazes kündigt an, daß alle Besitzer von Regierungsbonds ihre fälligen Kupons in baarer Münze einlösen können. — Die Bill behufs Herstellung von 20 gepanzerten Dampfmaschinen ist vom Senat dem Flottenkomitee zur Modifizirung überwiesen worden. — In Georgien haben einflussreiche Personen eine Adresse an die Bevölkerung veröffentlicht, in der sie sagen, es sei Aufopferung und Standhaftigkeit aller Bürger nöthig, um dem Angriff des Nordens zu widerstehen, da fürs Erste auf die Hilfe des Auslandes nicht zu rechnen sei. Deshalb solle jede Stadt und jedes Dorf, aus dem die Bewohner fliehen müssen, niedergebrannt werden, um dem Feinde das Vordringen zu erschweren. — Die Artikel der "Londoner Times", die sich für Nichtintervention aussprechen, haben hier einen guten Eindruck hervorgebracht, wogegen die gerüchelten Proteste Frankreichs gegen die Blockade vielfach beunruhigten. — In Washington war eine Deputation aus dem Süden unter einer Waffenstillstandsflagge angekommen. Zu welchem Zwecke ist noch nicht bekannt. — Im Kongreß forderte Mr. Sumner die Vorlage der Korrespondenz in Betreff der Vorstellung amerikanischer Bürger am französischen Hofe. — Senator Bright ist aus dem Kongresse ausgestoßen worden.





